

Reutlingen, 29.10.06

## Presseerklärung der Fraktion Die Grünen und Unabhängigen zur Aufnahme des Scheibengipfeltunnels in die Fünfjahresplanung des Bundes.

Das von der Stadt Reutlingen unter Inkaufnahme eines jährlichen Zinsverlustes von mindestens 250.000 Euro seit langer Zeit vorfinanzierte Straßenbauprojekt „Scheibengipfeltunnel“ wird langfristig zu mehr LKW - Durchgangsverkehr in unserer Region führen.

Die nur kurze Zeit wirksam werdende Entlastung der Hauptdurchgangsachse „Lederstrasse“, in der sich zwingend die Reutlinger Luftschadstoffmessstation befindet, beträgt nach eigenen Zahlen der Stadtverwaltung (Gesamtverkehrsplan, Seite 44 und Anlagen 15 und 16) gerade einmal 4%. Dieser Wert ist niederschmetternd gering. Denn der weitaus höchste Anteil des Verkehrs in Reutlingen ist hausgemacht.

Der Fünfjahrplan ist unterfinanziert. Über einen Baubeginn ab 2008 kann deshalb nur spekuliert werden.

Ein Stadtbahnsystem nach Karlsruher Vorbild würde unser Verkehrsproblem an der Wurzel angehen. Seit mehr als zwanzig Jahren wird es von den Grünen in der Stadt, im Kreis und in den Nachbarstädten propagiert.

Die im Januar 2004 vorgelegte Studie zur Machbarkeit einer Regionalstadtbahn kommt zu sehr guten Ergebnissen. Ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis läge deutlich besser, als das des Scheibengipfeltunnels. Für die sehr niedrig angesetzten Kosten von 71 Millionen für das Straßenprojekt könnte die Stadtbahninfrastruktur laut Gutachten fast bis nach Engstingen gebaut werden! Leider gingen Stadt und Nachbarn hierfür bisher nicht in die Vorfinanzierung. Der Druck auf die Zuschussgeber von Seiten der Stadtverwaltung ist hierfür leider kaum vorhanden.

Verlierer des Tunnelbaus werden diejenigen Reutlinger sein, die ihr Naherholungsgebiet an der Achalm verlieren sowie die Anwohner der Dietwegtrasse zwischen den Siedlungsschwerpunkten Storlach und Orschel-Hagen.

Dort soll die Zufahrt zum Tunnel mit der Folge von weiteren 20 - 30.000 Fahrzeugen und deren Abgasen geplant werden.

Vor Unterhausen wird sich der Verkehr nach dem Bau des Tunnels umso mehr über Jahrzehnte hinweg stauen. Denn ein neuer Alaufstieg darf laut Regierungspräsidium nicht einmal geplant werden.

Für die Fraktion

Christoph Joachim